

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 2

Artikel: Innenpolitische Rundschau
Autor: Spectator
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162255>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

beckens, das ungarische Tiefland, im Besitz haben. Moskau hat dies schon vor 1945 erkannt, und deshalb ist man dort seither entschlossen, diesen wichtigen Raum fest im Griff zu behalten. Da Moskau die ungarische Volksarmee für diese Aufgabe aus politischen und völkischen Gründen schon seit 1945 als ungeeignet betrachtete – was dann ja der ungarische Aufstand von 1956 nur bestätigt hat –, wurden in Ungarn noch stärkere sowjetische Garnisonen eingerichtet. In Ungarn stehen derzeit neben den 6 ungarischen auch 6 sowjetische Divisionen und eine sehr starke Luftflotte zur Verfügung Moskaus, welche ausserdem noch durch 3 im Karpatenland stationierte Sowjetdivisionen, die binnen 48 Stunden die ungarische Westgrenze zu erreichen vermögen, verstärkt werden können.

Die insgesamt 15 Divisionen kämen für einen politischen Einsatz zur Massregelung *Rumäniens* im Sinne des Warschauer Pakts und des Dresdener Abkommens von 1968 bei gleichzeitigem Einmarsch weiterer Sowjetkräfte aus Bessarabien in die Moldau in Betracht. Aber auch *Jugoslawien* kann mit diesen Truppen auf die sowjetische Präsenz im Donaauraum aufmerksam gemacht werden. Auch für einen Einsatz gegen *Österreich* kämen diese Kräfte in Frage, falls dessen Neutralität von einer dritten Macht verletzt oder bedroht würde.

In den Tagen kurz vor dem 21. August 1968 wurden in Prag der rumänische Staats- und Parteichef Ceausescu und der jugoslawische Staatschef Tito von der Bevölkerung auffallend, ja sogar triumphal empfangen.

Es schien, als ob es zur Wiedergeburt der Kleinen Entente gekommen wäre, deren Spitze sich aber nicht gegen die nationalen Bestrebungen Ungarns, wie es zwischen den beiden Weltkriegen der Fall gewesen war, sondern gegen die Vorherrschaft Moskaus und der übrigen Warschauer-Pakt-Mächte gerichtet hätte. Es kann kaum bezweifelt werden, dass eine solche politische Konstellation János Kádárs Ungarn in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht in eine isolierte Lage gebracht haben würde und möglicherweise den Reformisten in Budapest zur Machtübernahme verholfen hätte. Dass sich in solchen Verhältnissen die kommunistische Orthodoxie auch in Bulgarien kaum sehr lange hätte halten können, liegt wohl auf der Hand. Wie immer auch die Lage sich künftig gestalten mag – man muss damit rechnen, dass Moskau Ungarn auch weiterhin nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Überlegungen zur Stützung des kommunistischen Regimes Kádárs besetzt halten wird.

Übrigens halten die Sowjets die Länder Osteuropas nicht nur um ihrer eigenen Sicherheit willen mit so starken Kräften besetzt. Die Sowjettruppen in den Satellitenländern wie neuestens auch die Rote Flotte im Mittelmeer dienen auch einer weiteren Ziele anvisierenden Erpressungspolitik: Um einen wirksamen Druck auf den Westen auszuüben, sind die Räume, von welchen aus dieser Druck zur Geltung gebracht werden kann, von entscheidender Bedeutung.

Hungaricus

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Tschechische Wimpel

Noch immer tragen ungezählte Autos in unserem Lande blau-weiss-rote Tschechenwimpel. Aber diese Zeichen der Sympathie für ein tapferes kleines Volk nehmen sich immer trauriger und vereinsamer aus in

unserer hektischen Welt der unvermindert weiterflorierenden Wohlstandsgesellschaft. Dubceks Abgang von der obersten Parteispitze löste in der dritten Aprilwoche kaum noch spontane öffentliche Reaktionen aus. War es nicht ein Wunder, dass er sich überhaupt nur so lange hatte halten kön-

nen? War es nicht längst vorauszusehen, dass er bei passender Gelegenheit gezwungen werde, das Feld endgültig zu räumen, um auf einen weniger einflussreichen Posten abgeschoben zu werden?

Trotz dieser allgemeinen Resignation vor der Zwangsläufigkeit östlicher Zustände dürfte sich der bulgarische Kommunistenführer Schiwkoff täuschen, wenn er in den Tagen der jüngsten Prager Krise selbstbewusst erklärte, der Einmarsch der «Verbündeten» in die Tschechoslowakei werde als grosse Tat zur Rettung einer guten Sache in die Geschichte eingehen. Kein Zweifel, die Tat *wird* in die historischen Annalen eingehen – aber nicht als schöpferische Leistung auf dem Weg zu einer besseren Welt, sondern als niederträchtige Erpressung eines Volkes, das sich anschickte, die stickige Luft seines politischen Systems durch bescheidene Liberalisierungen behutsam zu erneuern und damit das Leben lebenswerter zu gestalten.

Schweizerische Präsenz in Rumänien

Der Zufall wollte es, dass der vorläufig letzte Akt des tschechischen Dramas mit einem Besuch unseres Aussenministers, Bundesrat Spühler, in Rumänien zusammenfiel. Noch vor wenigen Jahren wären unter solchen Umständen in der Öffentlichkeit Vorbehalte angemeldet worden. Doch das Klima hat sich gewandelt. Ostkontakte stehen heute nicht mehr *grundsätzlich* in Frage; zur Diskussion stehen nur noch Art und Ausmass. Und in dieser Sicht erscheint die Reise unseres Aussenministers nicht als unangebracht. Man ist sogar versucht zu sagen: im Gegenteil.

Ostkontakte erscheinen als besonders sinnvoll, wenn sie osteuropäische Kleinstaaten betreffen. Es zeigt sich immer wieder, wie sehr diese Völker danach dürsten, die geistige Verbindung mit Westeuropa aufrechtzuerhalten oder wieder aufzunehmen. Deshalb sollte es auch das Ziel unserer kulturellen Aussenpolitik sein, die beschränkten Mittel vor allem in diesem Raume einzusetzen. Dabei lässt sich nicht übersehen, dass eine solche Aktivität letz-

ten Endes nicht ohne stillschweigende Tolerierung durch den Kreml möglich ist. Wenn also der kürzlich eröffneten Schweizer Industrieausstellung in Bukarest eine solche in Moskau vorausgegangen war, so ist dies bestimmt kein Zufall! Die Sowjetunion hat im letzten Jahr bewiesen, dass sie zwar nicht mehr die unbestrittene Zentrale des Weltkommunismus verkörpert, dass sie aber doch in Osteuropa das Zepter weiterhin nicht aus der Hand zu geben bereit ist.

Rumänien ist das erste kommunistische Land, das von einem schweizerischen Aussenminister besucht wird. Auch wenn das Bundeshaus betonte, dass es sich nicht um einen offiziellen Staatsbesuch handle, und obwohl gleichzeitig darauf verwiesen werden kann, dass diesem Besuche Schweizerreisen des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer im Jahre 1966 und später des Aussenministers sowie des Energieministers vorausgegangen waren, wird diese Tatsache in einem Lande, das sich auf ständiger aussenpolitischer Gratwanderung befindet, ohne Zweifel mit Genugtuung registriert werden. Im Hinblick auf die relative Unabhängigkeit Rumäniens dürften die Bukarester Informationsgespräche Bundesrat Spühlers auch für unseren Aussenminister von einiger Ergiebigkeit gewesen sein.

Die Schweizer Industrieschau mit ihren 130 Ausstellern dokumentiert die schweizerischen Handelsinteressen in Rumänien, die in den letzten Jahren verhältnismässig stark zunahm. Machten die schweizerischen Exporte 1965 noch einen Wert von 35,2 Mio. Franken aus, so stiegen sie 1968 auf 97,5 Mio. Franken. Demgegenüber blieben die rumänischen Exporte in unser Land fast stationär (23,8 resp. 25,3 Mio. Franken). Dieser Sachverhalt ist symptomatisch. Abgesehen von Rohprodukten haben die osteuropäischen Staaten verhältnismässig wenig Erzeugnisse anzubieten, die qualitativ den westlichen Ansprüchen genügen. All die idealisierenden kommunistischen Parolen von der «volksdemokratischen» Wirtschaftsordnung ändern nichts an deren beschränkter Leistungsfähigkeit.

Diplomatische Bewegung

Auf aussenpolitischem Gebiet war in der Berichtsperiode auch sonst recht viel Bewegung. Bundesrat Celio reiste nach Mailand, um an der Fünfzigjahrfeier der Schweizerischen Handelskammer in Italien ein Referat zu halten. Bei aller Konzilianz nahm er dabei kein Blatt vor den Mund und legte den Finger insbesondere auf die Unterschiede der integrationspolitischen Auffassungen, bei denen Italien auf einer Route marschiert, die unserem Lande wenig verheissungsvoll erscheint. Es ist anzunehmen, dass Bundesrat Celio den Faden im persönlichen Gespräch mit dem ebenfalls anwesenden italienischen Finanzminister noch weitergesponnen hat.

Eine eigentliche Sensation bildete die Meldung, wonach Papst Paul VI. Anfang Juni für einen Tag in unser Land kommen werde. Der Besuch gilt allerdings nicht der Schweiz, sondern zwei internationalen Organisationen, die in Genf domiziliert sind: dem Internationalen Arbeitsamt in erster, dem Weltkirchenrat sodann in zweiter Linie. Er stellt aber in jedem Fall ein bedeutungsvolles Grossereignis für unser Land und insbesondere für seinen katholischen Bevölkerungsteil dar.

Endlich zu einem Abschluss sind in der dritten Aprilwoche die Verhandlungen mit Liechtenstein in der leidigen Waffenplatzfrage gekommen. Für die Schweiz standen Ausbildungsmöglichkeiten unserer Armee auf dem Spiel, an denen ohnehin kein Überfluss herrscht. Für unser kleines Nachbarland ging es darum, Gefährdungen vor allem des Dorfes Balzers durch Geschosse der Festungsartillerie endgültig aus der Welt zu schaffen. Es ist nun offensichtlich gelungen, einen beidseits befriedigenden Kompromiss zu erzielen.

In Bern war im April der schwedische Ministerpräsident Erlander zu Gast. Zwei Arbeitssitzungen waren einem Tour d'horizon gewidmet. Kernpunkt bildete dabei die europäische Integrationspolitik; ferner kamen Koordinationsprobleme der beiden Neutralen zur Sprache. Der Besuch bildete die organische Fortsetzung früherer Kon-

takte auf Regierungsebene, deren Festigung ohne Zweifel im Interesse beider Länder liegt.

Des Registrierens wert ist schliesslich, dass die amerikanische Regierung einen neuen Botschafter für Bern bestimmt hat. John S. Hayes, der in den Ruhestand tritt, wird durch den Finanzmann und früheren Journalisten Shelby Cullom Davis abgelöst. Damit scheint wiederum eine qualifizierte Persönlichkeit in der amerikanischen Botschaft Einzug zu halten. Das ist nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit. Es gab Zeiten, da Bern die bevorzugte Pfründe für ehrgeizige Wahlhelfer neuer Präsidenten zu sein schien, für Persönlichkeiten also, deren anderweitige Verdienste und Kenntnisse jeweils nicht gerade auf diplomatisches Spitzenformat schliessen liessen. Zwar haben die schweizerischen Beziehungen zu den USA dadurch kaum ernstlich gelitten. Es ist aber trotzdem beruhigend, zu sehen, dass von der neuen Administration nicht alte Gewohnheiten wiederaufgegriffen worden sind.

Vor einem neuen «heissen Sommer»?

Auch hierzulande, nicht nur in den umliegenden Staaten, wird immer wieder die Frage laut, wie weit die studentische Jugend und mit ihr weitere jugendliche Schichten in nächster Zeit wiederum auf die «Strasse» gehen und damit erneut einen «heissen Sommer» heraufbeschwören werden. Ereignisse in Genf und Bern deuten darauf hin, dass man auf einiges gefasst sein muss.

In Genf erfolgte der Semesterbeginn unter heftigen Beigeräuschen. Eine studentische Organisation deponierte eine scharfe Kritik am Rektor. Dieser hatte sich kurz vor Semesteranfang zu einer tieferen Reform der Universität an Haupt und Gliedern bekannt, warnte aber gleichzeitig die Studenten davor, die Dinge auf die Spitze zu treiben, da sonst mit staatlichen Interventionen geantwortet werden müsste. Es scheint indessen, dass die Extremisten unter den Studenten entschlossen sind, weiterhin für «Betrieb» zu sorgen.

Extremistische Gruppen waren es offensichtlich auch in *Bern*, die am 19. April auf dem Bahnhofplatz die Initiative an sich zu reißen suchten, als gegen einen als «Frühlingsfest» getarnten Empfang der griechischen Botschaft aus Anlass des zweijährigen Bestehens des Militärregimes in Griechenland demonstriert wurde. Jedenfalls sah sich eine studentische Organisation veranlasst, auf ihre amtlich bewilligte Demonstration zu verzichten, weil ihr zu Ohren gekommen war, dass Agitatoren extremistischer Tendenz, die zum Teil aus Zürich stammten, entschlossen Vorbereitungen trafen, um das Wasser auf ihre Mühle zu lenken.

Die Demonstration selbst verlief dann allerdings nicht ganz nach Programm der «Revolutionäre»: Ein Zürcher PdA-Kantonsrat wurde schon vor Beginn verhaftet. Hersteller und Besitzer von «Molotow-Cocktails» wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen, bevor sie ihre Absichten in die Tat umzusetzen vermochten. Absperrschranken und geschickt operierende Beamte in Zivil, sodann der Einsatz von Wasser und Tränengas in kritischen Momenten taten das ihrige, um eigentliche Zusammenstöße und Ausschreitungen zu vermeiden. Nach dem Reinfall der Agitatoren in Luzern kommt nun also ein neuer Fehlschlag in Bern, so dass eine leise Hoffnung besteht, den Extremisten gehe allmählich der Schnauf aus.

Das ändert indessen nichts daran, dass die Unrast weiterhin schwelt. Die Tatsache, dass die Hüter der öffentlichen Ordnung sich bereits gründlich auf die Methoden der «Ausserparlamentarischen Opposition» eingestellt haben und die Lage damit einigermaßen beherrschen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter der Jugend ein weitverbreitetes Malaise herrscht, das es weiter zu ergründen gilt. Konstruktive Reformen dürften im übrigen die beste Antwort auf die masslosen An-

griffe kleiner, aber lautstarker Minderheiten darstellen.

Offene Fragen um die Zürcher Herztransplantation

Die erste Herzübertragung auf Schweizer Boden – es war die 126. insgesamt –, die vom Ärzteteam Prof. Senning am Zürcher Kantonsspital in aller Stille vorbereitet worden war, hat nicht nur Überraschung, sondern auch grosse Diskussionen ausgelöst. Daran ist Prof. Senning zu einem Teil selber schuld. Er liess einen schwedischen Journalisten nicht nur der Operation beiwohnen, sondern nannte ihm auch die Namen des Patienten und Herzspenders. Damit gerieten diese in die Schlagzeilen der Presse. – Die Ärzteschaft und eine weitere Öffentlichkeit reagierten sehr unwirsch. Der schwedische Journalist seinerseits stellte sich auf den Standpunkt, bei einem solchen Ereignis liege die Mitteilung von Namen «im öffentlichen Interesse». Die Meinungen mögen hier auseinandergehen. Die Frage ist es aber auf alle Fälle wert, einmal in den zuständigen Fachgremien (Presse und Ärzteschaft) grundsätzlich erörtert zu werden.

Viel zu reden gab auch die Tatsache, dass die Herzentnahme beim Spender ohne Rücksprache mit dessen Familie erfolgt war. Zwar konnte sich der Zürcher Gesundheitsdirektor auf eine formaljuristisch einwandfreie Basis berufen: Das geltende Spitalreglement gibt der Ärzteschaft das Recht, jeden im Zürcher Kantonsspital Verstorbenen zu sezieren. Doch kann kein Zweifel darüber bestehen, dass der Gesetzgeber dabei nicht an Transplantationen dachte: Das Reglement stammt nämlich aus dem Jahr 1890. Auch hier drängt sich also eine gründliche Überprüfung auf, wenn sich nicht unnötige Unsicherheit ausbreiten soll.

Spectator